

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangobahn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Bezahlung wöchentlich schmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Salzstraße, Dampfab 48, Fernruf 2314. Verlag: Volkshilfen, Salzstraße, Post-Beleg, O. m. B. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Arthur Wolfenbutter, für den übrigen Teil: Richard Wittens, für Name u. Anschrift: Karl Treffl, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Beschränkung übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampfab 48 (Fernruf Nr. 2313), Volkshilfen, Salzstraße 46/48 und Halleschestr. Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 99.

Freitag, 27. April 1928.

3. Jahrgang.

Stresemann in München.

Ein warmer Empfang. — Niedergebrüllt und die Versammlung gesprengt.

München, 26. April. (Eig. Funke). Der Abmarsch zur ersten Stresemann-Versammlung im Münchener Bürgerbräu-Keller am Mittwochabend war außerordentlich stark. Bereits um 7 Uhr wurde der Saal durch ein starkes Erdbeben erschüttert, so daß Tausende keinen Einlaß mehr fanden. Als Stresemann Punkt 8 Uhr durch eine Hinterlist den Saal betrat, legte ein ungeheurer Lärm ein, genötigt aus, die Versammlung zu verlassen. Die Versammlung wurde durch die Versammlung der Reichstagsmitglieder, die Stresemann in München aus den letzten Jahren kennen, wurde der Lärm ausdauernd so stark, daß der Redner nur in seiner alternativen Umgebung verstanden werden konnte. Von nun an erlitten in regelmäßigen Abständen Hell-Gebrüll auf Hitler, das mit Hochrufen auf Stresemann erwidert wurde, bis durch Schlußruf "Hoch mit Stresemann!" und durch wiederholtes Winken des Hitler-Gebietes, des Deutschland-Gebietes und der Wacht am Rhein ein geordnetes Ende der Versammlung unmöglich wurde. Kurz nach 9:30 Uhr stellte der Vorsitzende unter ungeheuren Lärm fest, daß es zur Schande Münchens nicht möglich war, den Reichsaussenminister sprechen zu lassen, weshalb er die Versammlung schloß. Die polizeiliche Räumung des Saales dauerte bis 10:30 Uhr, die Unruhe setzte sich weiter auf der Straße fort. Was sagt Herr von Neubell dazu?

er erklärte: „Wir von der Deutschen Volkspartei arbeiten mit am republikanischen Deutschland“, begabte es von neuem Zustimmung, wie Freimaurer, Jude usw. Gleich darauf schloß eine „Gummistiftspießbürgerl“ auf der Galerie ein, als einige Kriminalbeamte sich nur zu wild aufstrebende Hitlerleute aus dem Saal werfen wollten. Durch den anschließenden Krampf wurde die Versammlung fast zehn Minuten unterbrochen. Als Stresemann seine Außenpolitik verteidigte und sich dabei mit Hitler aus den letzten Jahren kennen, wurde der Lärm ausdauernd so stark, daß der Redner nur in seiner alternativen Umgebung verstanden werden konnte. Von nun an erlitten in regelmäßigen Abständen Hell-Gebrüll auf Hitler, das mit Hochrufen auf Stresemann erwidert wurde, bis durch Schlußruf "Hoch mit Stresemann!" und durch wiederholtes Winken des Hitler-Gebietes, des Deutschland-Gebietes und der Wacht am Rhein ein geordnetes Ende der Versammlung unmöglich wurde. Kurz nach 9:30 Uhr stellte der Vorsitzende unter ungeheuren Lärm fest, daß es zur Schande Münchens nicht möglich war, den Reichsaussenminister sprechen zu lassen, weshalb er die Versammlung schloß. Die polizeiliche Räumung des Saales dauerte bis 10:30 Uhr, die Unruhe setzte sich weiter auf der Straße fort. Was sagt Herr von Neubell dazu?

Neue Laten Schieles.

Er gefährdet die Volksernährung und züchtet Arbeitslosigkeit.

Die deutschen Roggenpreise haben in den letzten Wochen stark zugenommen. Am 12. April 1928 notierte die Tonne Roggen in Berlin noch mit 299 Mark. Augenblicklich muß sie mit ungefähr 290 Mark bezahlt werden. Die Ursache für diese ungewöhnliche Preissteigerung liegt auf der Hand: Die Roggenanträge im Jahre 1927 war von einer sehr schlechten Beschaffenheit. Ein großer Teil eignete sich nicht zur menschlichen Ernährung und wanderte in die Futtermittel. Derselbe Knappheit an Roggen wie in Deutschland besteht aber auch in den östlichen Ländern und besonders in Polen, das gegenwärtig sehr hohe Preise für deutschen Roggen bietet. Die von Polen gezeigten Preise liegen weit über denjenigen, die die deutschen Mühlen zu zahlen in der Lage sind. Die Folge ist, daß seit längerer Zeit große Teile des für die menschliche Ernährung brauchbaren deutschen Roggens nach dem Ausland gehen und daß in Deutschland eine regelrechte Roggennot entstanden ist. Eine ähnliche Lage hatten wir auch im vorigen Jahre. Damals erreichte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion angesichts der immer bedrohlicher werdenden Getreideknappheit, daß das System der Einfuhrzölle insofern, vorübergehend aufgehoben wurde. Die Einfuhrzölle sind bekanntlich eine Einrichtung zu Gunsten der deutschen Großagrarier, um die Getreideausfuhr aus Deutschland nach dem Auslande zu fördern. Mit Hilfe dieser Einfuhrzölle wird den Agrarier eine beträchtliche Ausfuhrprämie, Exportprämie gezahlt, die ungefähr dem auf der Roggenfrucht nach Deutschland laufenden Zoll gleicht. Zudem man diese Einfuhrzölle außer Kraft setzte, konnte sich die vorhandene Roggenknappheit nicht voll in unerträglichen Preissteigerungen für Mehl und Brot auswirken. Die vorjährige Einfuhrzölle erreichte am 31. August 1927 ihr Ende. Die höchste Ernte im Jahre 1927 und die offenbar ungenügende Vorräte Deutschlands und Weizengetreide sprachen dafür, das System der Einfuhrzölle aus weitein außer Kraft zu setzen. Davon wollten aber die deutschen Großagrarier nichts wissen und die Reichsregierung bemühte sich unter Führung des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele, ihren Wünschen nachzukommen. So traten die Einfuhrzölle am 1. August 1927 wieder in Kraft mit dem Erfolg, daß die internationalen Preise, so heißt die Großagrarier, ausbleibenden Gebrauch davon machten, Infolge dessen stieg der für die menschliche Ernährung brauchbare deutsche Roggen nach den östlichen Gebieten ab, während der bei unbrauchbaren Teil der Ernte im Lande beblieben. Die sich somit immer so patriotisch gebenden Großagrarier und ihr Vertrauensmann im Reichsernährungsministerium Schiele fragen wenig danach, ob die deutschen Mühlen und die deutschen Getreidebearbeitende Industrie mit Abschiffen versehen sind oder nicht, auch ist es ihnen völlig gleichgültig, daß sie durch ihre Getreideausfuhr Deutschland dazu zwingen, ausländischen Roggen zu weit höheren Preisen einzuführen. Für sie kommt es darauf an, aus den Exportprämien möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen. Wenn diese Entschädigung nicht zu einer Katastrophe geführt hat, was immer noch zu befürchten ist, so ist das nur dem Handel zu verdanken, der große Getreidemengen nach Deutschland einführt, wozu allerdings eine große Schädigung der Wirtschaft verbunden war und wodurch besonders die deutsche Zahlungsbilanz ungünstig beeinflusst wurde. Auch ist es nicht gelungen, die direkten Schäden der agrarischen Getreideexporte auf andere vorteilhafte Abwege zu verdrängen. Man darf nicht vergessen, daß diese deutsche Mühlen sich ausschließlich auf die Verwendung deutschen Roggens eingerichtet haben. Für sie kommt hauptsächlich der sehr harte amerikanische Roggen schon aus technischen Gründen nicht in Frage. Das gilt besonders für die schließlichen Mühlen, die sich unter normalen Verhältnissen mit schließlichen Roggen eindecken. Gerade die schließlichen Großagrarier haben sich jedoch auf in diesem Jahre wieder an den überlegten Getreideverträgen nach Polen und der Tschechien beteiligt, ohne danach zu fragen, ob die Mühlen ihres Heimatgebietes genügend mit Rohmaterialien versehen werden. So ihrem Vorgehen wundert sich die schließlichen Mühlen mehrmals an das Reichsernährungsministerium mit dem Antrag, einer weiteren Ausfuhr deutschen Roggens durch vorübergehende Aufhebung des Einfuhrzölles entgegenzuwirken. Das Reichsernährungsministerium hat auch diesen Antrag unter Berufung auf durchaus nicht stichhaltige Gründe abgelehnt. Man will eben den Großgrundbesitzern das profitable Geschäft nicht verderben. Gerade in den letzten Tagen scheinen sich die deutschen Roggenausfuhrer nochmals zu heizen. Darauf deutet die bereits oben erwähnte Roggenpreissteigerung hin. Der deutsche Roggenpreis liegt um 30 bis 35 Mark höher als im Vorjahr.

Aus dem Zollhause der Fememörder.

Der Rosenfelder Mordprozess, der gegenwärtig in Stuttgart verhandelt wird, ist noch lange nicht zu Ende. Jede Sitzung bringt neue Genationen, die zweifellos auch den guten Zweck haben, daß endlich einmal das Verhältnis der illegalen Organisationen zur Reichswehr geklärt wird. Am Dienstag begann die Sitzung mit einer Erklärung des Generalleutnants v. Pawells, in der er die Stellung der damaligen Regierung Bauer gegenüber den aufstehenden Freikorps verurteilt. Die Reichswehr habe damals dem Willen der Regierung, die Freikorps aus der Welt zu schaffen, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen, Folge geleistet. Reichsaussenminister v. Pawells einige Fragen bezüglich der Schwarzen Reichswehr im Jahre 1923. Die Verantwortung dieser Fragen lehnt der Zeuge als nicht zur Sache gehörig ab. Der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß die Verbestimmungen der Schwarzen Reichswehr tatsächlich Angehörige der Reichswehr waren, daß das aber mit der in Frage stehenden Straftat in keinem Zusammenhang steht. Auf eine neuerliche Behauptung von Bobungen im Saute der Verhandlung, daß damals eine Mobilmachung gegen Polen geplant war, rüft der Generalleutnant v. Pawells das Gegenteil: Sie unterliegen einem Irrtum. Sie haben damals eine Mobilmachung geplant, von der Sie sich später nicht unterrichtet haben. Zeuge v. Pawells stellt dann unter äußerster Spannung der Prozessbeisitzer fest, daß im Jahre 1920 in Sadow, dem Quartier Rogbachs, ein Geheimplatz beschlagnahmt wurde, der mit großen militärischen Verbindungen eines Operationsplan der Rogbachs enthielt, der bei eintretenden Unruhen in Stuttgart und Kommern vertrieben werden sollte. Dieser Plan enthielt u. a. den Befehl: **Rogbachs** sind festzunehmen und vollständig still zu stellen. Bei diesem Befehl handelt es sich nicht um eine Befestigung von Bäckereien, sondern um die strikte Anweisung, **politisch Andersdenkende zu beseitigen**. Das bezeugt, so rüft der General mit erregter Stimme in den Saal, die **Aufforderung zu einem ganz trassen politischen Mord**. Gegen diese Umtriebe der Rogbachs sei das Reichswehrkommando mit aller Entschiedenheit aufgetreten. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der ehemalige Oberleutnant und Freikorpsführer **Rogbach als Zeuge** vernommen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportkulturreisender beschäftigt zu sein. Er erzählt in langen Ausführungen von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Ausland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Gefängnisstrafe von der Reichswehr erzwungen habe. In **Meldenburg** habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Aufstellungsbeleg hatte, einen **Selbstmord** des **Rogbachs** mitgemacht. In Offen, wo er später unter General Wacker eingezogen wurde, seien eine Anzahl festgenommen. **Zielpersonen auf Veranlassung seines Gefolgsoffiziers** seien **erschossen** worden. Der Gefolgsoffizier und sein Schwelger seien **später** wegen dieser Tat vor Gericht freigesprochen worden. **Rogbachs** könne es sich aber auch um eine **Einmischung** handeln haben. Dann **schied** Rogbach seine **Kontakte** in **Kommern**. Er sei zunächst an den **Vorposten des Bundes**, den **Zeugen v. Bobungen** ver-

wiesen worden. Er bestritt jedoch, den **Schuh der Großagrarier** beabsichtigt zu haben. **Vorleser**: Was hatte Ihre Anwesenheit denn für einen Zweck? **Rogbach**: Wir warteten darauf, später wieder als **Truppe** Verwendung zu finden. Herr v. Bobungen legte mir damals, daß er in **englischer Führung** mit der **Reichswehr** stehe und daß **Berliner** von **Waffen** unter allen Umständen unerschütterlich gemacht werden wüßten. **Ziel** Rogbach habe ich gar nicht in unmittelbarer Gegenwart, aber es hätte für mich dieses ausdrückliche Befehl gar nicht bedurft. **Rogbach** verließ dann einen **Befehl** des **mecklenburgischen Majors v. Treffentin**. **Waffen** **Arbeiter** oder **weitere v. erschlagen**, **Streitposten**, **Rogbachs** und **höher** festzunehmen und nach Lage der Sache vorzugehen. Er, **Rogbach**, habe während des **Kapp-Putsch** infolge dieses Befehls **verschiedene Leute in Mecklenburg erschlagen lassen**, und der **Reichswehr** Meldung darüber erlassen. **Generalleutnant v. Pawells** bemerkt dazu, daß die **Reichswehr** in **Mecklenburg** während des **Kapp-Putsch** auf der **Seite der Putschisten** stand. **Zu der Ermordung Schimbis** erklärte **Rogbach**, daß er beabsichtigt habe, über **Berliner** eine **Unterführung** einzustellen, ihn **aufzuheben** oder ihn **von einem Standgericht** aburteilen zu lassen. **Heines** habe ihm eines **Lagers** **gemeldet**, **Schmidt** **erschlagen** zu haben, ohne daß ein **Standgericht** einberufen worden wäre. Das **bezeugt** aus **zwingenden Gründen** nicht möglich gewesen sei. **Rogbach** habe die **Tötung** **gebeten** und **Ermittlungen** darüber **bewacht**. **Leber** die **Gründe**, die **Heines** **angewogen** von dem **Befehl** abzumachen, sei dem **Zeugen Rogbach** nichts bekannt. Er habe ihn nicht danach gefragt, da er sonst **widerlegt** in die **Lage** gekommen wäre, **Heines** den **bürgerlichen Gerichten** zu übergeben. **Auf die Frage** des **Oberstaatsanwalts**, **woher Rogbach** die **Machtvollkommenheit** zur **Einführung** von **Standgerichten** hergeleitet habe, **erklärt Rogbach**, daß er sich auf **einen Befehl** **Selbstmord** und **des Majors Treffentin** beziehe. **Der Staatsanwalt** antwortet ihm, es **muß** in **an** **ein** **Stück** **aus dem Zollhause**, **sich** **auch** **hier** **nach**, **ohne** **zu** **erzählen**, **als** **Führer** **einer** **privaten** **Arbeitsgemeinschaft** **das** **Recht** **über** **Leben** **und** **Tod** **eines** **Menschen** **anzunehmen**. **Dann** **wird** **der** **ehemalige** **Freikorpsführer** **Hauenstein** **aus** **Oberschlesien** vernommen. **Der** **sennerzeit** **Berater** **einer** **Spezialpolizei** **der** **Selbstschutz-Organisationen** **war**. **Er** **sagte** **aus**, **daß** **während** **des** **politischen** **Aufstandes** **von** **dieser** **Polizei** **etwa** **200** **Beteiligungen** **von** **Spionen** **und** **Betrütern** **erfolgt** **seien**. **Es** **seien** **Giftbomben** **und** **Handgranaten** **verwendet** **worden**. **Die** **Polizei** **sei** **auf** **Veranlassung** **eines** **Dr. Hobus** **gebildet** **worden**. **Rogbachs** **Standgerichte**. **Der** **Zeuge** **Rogbach**, **daß** **die** **Art** **seiner** **Gerichtsbart** **be-** **trifft**, **erklärt**, **daß** **seine** **Standgerichte** **nur** **Freiprüche** **oder** **Schuld-** **prüche** **ausgesprochen** **haben**. **Rogbach** **gibt** **weiter** **zu**, **Operations-** **und** **Mobilmachungsbelege** **erlassen** **zu** **haben**, **jedoch** **habe** **es** **sich** **nicht** **um** **Befehle**, **sondern** **um** **Abwehrmaßnahmen** **gegen** **Ar-** **beitersaufrührer** **gehandelt**.

ernennen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportkulturreisender beschäftigt zu sein. Er erzählt in langen Ausführungen von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Ausland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Gefängnisstrafe von der Reichswehr erzwungen habe. In **Meldenburg** habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Aufstellungsbeleg hatte, einen **Selbstmord** des **Rogbachs** mitgemacht. In Offen, wo er später unter General Wacker eingezogen wurde, seien eine Anzahl festgenommen. **Zielpersonen auf Veranlassung seines Gefolgsoffiziers** seien **erschossen** worden. Der Gefolgsoffizier und sein Schwelger seien **später** wegen dieser Tat vor Gericht freigesprochen worden. **Rogbachs** könne es sich aber auch um eine **Einmischung** handeln haben. Dann **schied** Rogbach seine **Kontakte** in **Kommern**. Er sei zunächst an den **Vorposten des Bundes**, den **Zeugen v. Bobungen** ver-

ernennen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportkulturreisender beschäftigt zu sein. Er erzählt in langen Ausführungen von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Ausland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Gefängnisstrafe von der Reichswehr erzwungen habe. In **Meldenburg** habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Aufstellungsbeleg hatte, einen **Selbstmord** des **Rogbachs** mitgemacht. In Offen, wo er später unter General Wacker eingezogen wurde, seien eine Anzahl festgenommen. **Zielpersonen auf Veranlassung seines Gefolgsoffiziers** seien **erschossen** worden. Der Gefolgsoffizier und sein Schwelger seien **später** wegen dieser Tat vor Gericht freigesprochen worden. **Rogbachs** könne es sich aber auch um eine **Einmischung** handeln haben. Dann **schied** Rogbach seine **Kontakte** in **Kommern**. Er sei zunächst an den **Vorposten des Bundes**, den **Zeugen v. Bobungen** ver-

und die Notierungen von Roggen für Mehlverfertiger lauten auf fast 300 Mark. Das beweist, wozu die Reis geht. Tatsache ist, daß das

Angebot von Roggenmehl in den letzten Tagen nicht mehr ausreicht, um die Nachfrage zu befriedigen, obwohl die Käufer bei ihren Käufen große Vorlust walten lassen. Sie müssen nämlich befürchten, daß das auf der Grundlage der jetzigen Roggenmarktpreise hergestellte

Brot für die Verbraucher zu teuer ist. Wie stehen in einem ausgesprochenen Notstand. Schiele aber, den man mit Recht den Minister gegen die Ernährung nennt, rührt keinen Finger. Ein Erfolg der Sozialdemokratie am 20. Mai muß Schiele und sein System hinwegjagen und den Weg für Sicherung der Volksernährung frei machen.

Sozialdemokratisch wählen heißt für billige Brotpreise sorgen.

Die Magdeburger Richter.

Die Disziplinarechndlungen gegen die Magdeburger Richter Hoffmann und Kölling sind am Mittwoch vor dem Disziplinarricht des Kammergerichts in Berlin fortgesetzt worden. Landgerichtsdirektor Hoffmann wiederholte den Vorwurf der Begünstigung gegen den Kriminalkommissar Buchdori und sprach von dessen „festumsetzten Gegenmitteln gegen die Untersuchung“. Die Maßnahmen des Oberpräsidenten Hering, des Polizeipräsidenten Dr. Weiß und des Kommissars Buchdori hätten gegen die Strafreife verstoßen. Dadurch, daß Hering und Weiß dem Kommissar Buchdori Instruktionen erteilte, hätten sie sich der Amtsanmaßung schuldig gemacht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kommt nun dann schließlich zum Kernpunkt des ganzen Prozesses, zu der Frage, ob die Polizeibehörden berechtigt gewesen sind, in die Untergrundtätigkeit des Richters einzugreifen, um einen offensichtlichen Justizmißbrauch zu verhindern oder ob sie das nicht dürfen. Kölling und Hoffmann stellen sich, wie bereits am ersten Verhandlungstag, auf den Standpunkt, daß jedes Eingreifen der Verwaltungsbehörde unzulässig gewesen sei. Als sich der Angeklagte Hoffmann bemühte, die Widersprüche seiner Aussage richtig zu stellen, witzte das zu lässlich, daß der Vorsitzende die ironische Bemerkung machte:

„Das, dies mißzuverstehen, gehört schon ein Jurist“.

Das war die richtige Charakterisierung, denn Kölling hatte, ausgerechnet in jenem Augenblick, in dem er der Polizei gelungene Schreiber zum vollen Gehaltsnis zu bringen, diesen fortwährenden Wagemut gegen Hoffmanns für sich reklamiert.

Die Verhandlung beschloß sich dann noch mit einigen Stellungnahmen. Die Hoffmann in einer rechtshistorischen Magdeburger Stellung geschriebenen hatte und die Angriffe gegen die Polizeibehörden und den Kriminalkommissar Buchdori entfallen. Immer wieder trat die Behauptung Hoffmanns zu Tage, daß durch das Eingreifen der Polizeibehörden die Klärung der Sachlage verhindert und die Vorunterladung gestört worden sei. Ausdrücklich betonte er, Kölling würde niemals die Gegenüberstellung des Schreiders und der Güte genehmigt haben, wenn er gewußt hätte, daß dadurch die Güte zum Gehaltsnis gebracht werden sollte. Das habe den Untergrundtätigkeit durchkreuzt.

Als ob nicht an jenem Tage, an dem die Gegenüberstellung der Güte mit dem Schreiber erfolgte.

Ichon alles gefahrt war. Schreiber, der mit seiner Geliebten Hilde Güte zusammen ein einfaches Haus in Rotmersleben bewohnte, sit an chronischen Gedemones. Um dem abzuwehren, setzte er ein Anker auf, daß Angeklagte gegen 300 Mark Kaution eine gemüßbringende Beschäftigung verleihe. Der Buchhalter Helling, der eben von der firma Hans entlassen worden war, meldete sich, Schreiber lockte ihn in seine einlame Bekanlung, ichon ihn über den saunen, besaube die Leide und begund sie im Keller. Nachdem das geroubte Geld verbraucht war, suchte Schreiber auch noch die Gefellen des Seling zu Geld zu machen und wurde dabei gefahrt. Alles das ist heute durch Urkunden und Zeugnisausagen in der Schwurgerichtsverhandlung bewiesen worden.

Nichts ist unklar geblieben. Aber die Kölling und Hoffmann werden weiter von Unklarheiten reden und die Rechtspreffe wird weiter behaupten, daß Oberpräsident Hering auf die Syngeziehung von Berliner Kriminalbeamten gedrängt habe, weil der Schwager des von den Richtern unter Verdorbad gefahrt Hans Kautier des Reichsbanners war.

Senkung der Erwerbslosigkeit.

Die vom „Reichsarbeitsmarktanzeiger“ gemeldeten neuen Arbeitslosenziffern, die sich auf die Zeit vom 11. bis 18. April beziehen, zeigen eine weitere, tröstliche Entlastung des Arbeitsmarktes. In Ostpreußen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in dieser Zeit um 10 000 Personen heruntergegangen, in Schlesien um über 12 000, in Brandenburg um über 11 000 um.

Betrachtet man die Entwicklung seit dem 1. April, so ergibt sich für Ostpreußen in der Arbeitslosenversicherung ein Rückgang von 19 000 Hauptunterstützungsempfängern, in Schlesien von 30 000, in Brandenburg (bis zum 14. April) von 25 000, in Bayern von 11 000, in Niederachsen (bis zum 19. April) von 12 000, in Südwestdeutschland von 7 000; in Rheinland-Westfalen sind die Rückgangsziffern etwas geringer. Nach diesen Zeilziffern dürfte die gesamte Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich, die für den Stichtag vom 15. April erst in einigen Tagen herauskommen wird, neuerdings eine erhebliche Senkung der Arbeitslosenziffer zeigen.

Entwicklungsfähige Wahlpoesie.

Einig jog die Deutsche Volkspartei mit Herrn Stresemann an der Spitze in den Wahlkampf und platierte die Parole:

„Von roten Ketten macht euch frei
Wlein die Deutsche Volkspartei!“

Neue haben die Deutschnationalen sich des Wertes bedachtigt — aber er lautet jetzt:

„Die roten Ketten legt uns an
Wlein Herr Dr. Stresemann!“

Wielleicht heißt bei einer nächsten Wahl leitens der Nationalen:

„Graj Westary isst, der unentwert
Uns in die roten Ketten legt!“

So etwas nennt man Entwicklung und bildet sich in der Politik viel darauf an, daß sie gefahrt erheilt.

Die Erde bebt.

Den Tagen neue katastrophale Erdböden angefüllt. Diese Böden sollen auch Südamerika heimsuchen. Außerdem soll davon Griechenland und Italien betroffen werden. Am 28. Mai soll es im Gebiete der Alpen und am 28. Mai in Smyrna ein Erdböden geben. Diese Auskunft wird von dem Leiter eines bedeutenden seismographischen Instituts in Jugoslawien erteilt. Anzugeben werden sowohl in der Türkei wie einzelnen Städten Bulgariens ein neuer leichter Erdböden veripirt.

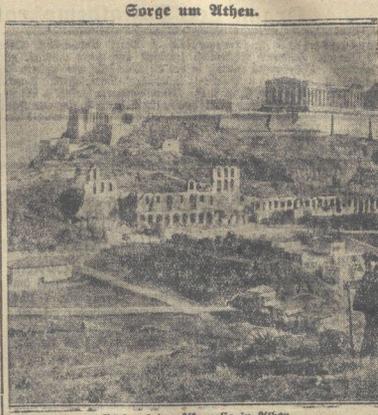
Das zerstörte Korinth.

Auf dem wiedergebauten Isthmus von Korinth, zwischen Peloponnes und Hellas, dem ionischen Golf, hat das Erdbeben am heftigsten gewüht. Ausläufer des Bebens, das mit der Katastrophe in Bulgarien zusammenhing, waren selbst in Italien wahrzunehmen.



Die Karte des Isthmusgebietes.

In Korinth waren nach Mitteilungen der Berliner Morgenpost am Mittwoch neue Erdböden zu verzeichnen. Die geunglückte Bevölkerung wurde von gewaltigem Schrecken ergriffen. Der letzte Erdbeben ereignete sich am 28. Mai. Weitere Menschenleben sind nicht zu betrogen, da die Bevölkerung seit Tagen auf dem Felde in der Nähe der Stadt kampiert. Von unterirdischer Seite werden für den Balkan in den näch-



Sorge um Athen.

Blick auf den Akropolis in Athen.

Bergeht nicht!

Bergeht nicht die Lohnsteuerbefreiung!

1925 haben die bürgerlichen Parteien versprochen, die Lohnsteuer herunterzusenken, wenn ihr Ertrag 1200 Millionen jährlich überschreitet. Im Sommer 1927 als dieser Zeitpunkt eintrat, verlangte die Sozialdemokratie Einstellung dieses Versprechens. Der Bürgerbund hat sein Versprechen nicht gehalten. Er hat eine Abänderung vorgeschlagen, die dazu führt, daß bereits in diesem Jahre 300 Millionen mehr von der Lohnsteuerzahlern abgezogen werden müssen, als der ursprünglich festgesetzte Höchstbetrag ausmachte.

Bergeht nicht die Opfer des Weltkrieges.

Am Jahre 1928 hatten wir Anspruch auf Reichsversicherungsbeitrag: 705 000 Arbeitslose, 375 000 Witwen, 720 000 Hinterbliebenen, 30 000 Waisenkinder, 150 000 Elternlose, 85 000 Elternlose, 17 000 Elternhilfsempfänger, 15 000 Waisenhilfsempfänger, 10 000 Waisenhilfsempfänger. In der Höhe der Kriegsbefähigten waren: Erstblinde 2 000, Geistesranke 5 400, Lungentranke 41 688, Krüppel mit einem Bein 44 857, Krüppel mit einem Arm 20 952, Krüppel ohne Beine 1 269, Krüppel ohne Arme 135.

Kein Interesse, Herr Staatsanwalt?



Der Berufspuffschiff Rothbad.

Der im Stettiner Fememordprozeß ausstieg, daß er auf eigene Faust Standgerichte gebildet hat und Verurteilungen erteilt. In Stettiner Prozeß bezichtigt der Staatsanwalt die Maßgabe Rothbads als ein „Stück aus dem Luftbau“. Der Staatsanwalt sollte sich für Rothbad nach einem Platz in Zuschauhaue umsehen.

Umgang mit Kommunisten.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Ein dreifaches Stück hat sich der Kommunist und sozialistische Stadtdirektionsvorsteher Ziegler kürzlich anlässlich der Beratung über die Errichtung eines Ebert-Gedenksteines im Stadtpark gestellt. Er erging sich in den wüstenstimmigen Reden gegen den verstorbenen Reichspräsidenten, indem er von den weiteren Verhandlungen der Stadtdirektionsverwaltung ausgeschlossen wurde. Da er bei Singsangzeit nicht freiwillig weicht, wurde er durch einen Polizeibeamten entfernt. Die Wüstenstimmigen, sprachen ihm auf Grund dieser Vorgänge in einer späteren Sitzung das Mißtrauen aus. Ziegler weigerte sich aber, sein Amt niederzulegen und erklärte, er läge in seinem Verhalten und in dem Mißtrauensvotum keinen Grund, seinen Posten aufzugeben.

Auf Grund der Bestimmungen der Hanoverschen Städteordnung muß nuremehr eine Neuwahl erfolgen. Ziegler, der nicht wieder gewählt wird, dürfte dann wahrscheinlich ebenfalls mit Hilfe der Polizei von seinem „erhöhten Platz“ entfernt werden müssen.

Reubells Material.

Was der Rote Frontkämpferbund verbrochen haben soll.

Der Reichsminister des Innern hat es trotz wiederholter Aufforderung abgelehnt, dem Heberwachungsamt des Reichstages die Begründung seines Erlassens an die Länderregierungen vorzulegen. Das Material könnte nicht werden, und um dieser Gefahr vorzubeugen, müßte es geheim gehalten werden. Als ob es nicht schon bekannt ist? Was v. Reubell anzuführen vermag, liegt gewissermaßen auf der Hand. Es sind Güter aus der kommunalistischen Partei, Vorgänge in Roter Frontkämpferbund und andere mehr oder weniger harmlose Dinge.

Der disziplinäre Parteiminister geht in der Begründung seines Erlassens von der Behauptung aus, daß der Rote Frontkämpferbund die Befreiung gewalttätig ändern will. Er behauptet, handelt sich nichts anderes als Rohbad und Gshardt. Den Wüstenstimmigen, hat von Reubell aber bisher abgelehnt, trotzdem die Staatsgerichtsbarkeit dieses Bundes auch ein Urteil des Reichsgerichts ausdrücklich bekräftigt worden ist. Die Staatsgerichtsbarkeit des Roter Frontkämpferbundes verurteilt v. Reubell zum Teil angeordnet mit Gütern aus der russischen Presse zu bewahren. Insbesondere die „Bromba“ scheint man im Ministerium des Innern seit der Zeit des Bürgerkriegs außerordentlich eifrig zu lesen, denn die Begründung enthält nicht weniger als zwei Dutzend Zitate aus diesen bolschewistischen Wäldern. Sie kommen nicht etwa aus jüngerer Zeit, sondern aus den Jahren 1925, 1926 und 1927. Außerdem bezieht sich v. Reubell auf eine ganze Reihe revolutionärer Projekte aus der „Roten Fahne“. Gelegenheit dazu hat dieses Blatt in den letzten Jahren zweifellos genug gegeben. Aber was besagen kommunalistische Redensarten im Vergleich zu der drohenden Sprache der Rechtspreffe? Auf die Angaben des disziplinären Parteiministers über Schießübungen der Kommunisten mit Kleinfeuerwaffen sind keineswegs neu. Bei den Rechtsverordnungen werden ebenso wie bei den kommunalistischen Schießübungen abgelehnt.

An der Dürftigkeit der Begründung kann auch die Aufzählung einzelner Zusammenhänge zwischen Rotfrontkämpfern und andersgerichteten Elementen nicht ändern. Die Sorge des disziplinären Parteiministers, daß seine Begründung unzulänglich werden könnte, ist also begründet. Niemand — selbst Herr von Reubell nicht — macht sich gern lächerlich.

Der Wahlaufruf der Kommunisten

ist am Mittwoch erschienen. Er richtet sich selbstverständlich ausschließlich gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Führer. Auffällig ist an dem Aufruf die Schwere des Tones gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und dem Kapitalismus. Von der einst beliebten Reformpolitik ist nichts übriggeblieben. So entspricht der Aufruf ganz dem gegenwärtigen Entwicklungsschritt der KPD, die den Glanzen an ihre Ziele und Methoden ändern werden hat und nur nach der Zerplitterung der Arbeiterbewegung ihre Stellung als Parlamentspartei jüngerer Größe zu halten vermag.

Preußen 1928.

Die Pressestelle des Preussischen Staatsministeriums gibt unter dem Titel eines „Politik in Schachern“ heraus, die für den Reichstag wie für den Landtagswahlkampf gerade zur rechten Zeit kommt. Es sind nicht nur die großen Fragen der sozialen Politik in diesem nur 80 Seiten starken, knapp und prägnant gearbeiteten Büchlein behandelt, sondern auch die kleineren, aber bedeutenden Nebenangelegenheiten des Preussischen Reichstages. Ein längerer Absatz handelt über die Personalpolitik in Preußen, und man erachtet mit Vergnügen, daß zum Beispiel der Monopol der Landräte gebrochen ist, daß aber andererseits der Reform der Verwaltung ungenügender Aufmerksamkeit würdig ist. Es gibt kaum ein Gebiet der Politik und der Verwaltung, über das nicht zuverlässige Auskunft gegeben wird. Kurz: ein Handbuch für die Wahl, nach Stichworten geordnet, praktisch, brauchbar, belehrend für jeden Staatsbürger.

Der kleine Bismarck macht Karriere.

Der bisher in Stettin tätige Chef des Büros Bismarck wird demnächst als Gesundheitsinspektor einen Posten bei der heutigen Reichsstadt in London antreten. Offiziell ist diese Veretzung noch nicht verfügt. Sie steht aber bevor.

Die Ozeanflieger.

Seine Fahrt nach Newport.

Newport, 26. April. (Eig. Funkm.) Die Besingung der „Bremen“ hat auch am Mittwoch den besten Eindruck auf die Besatzung gemacht. ...

Der amerikanische Flieger Bennett, der als erster den Ozean überfliegen wollte, erkrankte kurz vor seinem Abflug an einer schweren Grippe. ...

Noch ein Ozeanflug.



Schapfpielerin Elli Dillens, Juntersfliegerin.

Die Juntersfliegerin Elli Dillens, die am 22. April in Ostafrika ...

Wer warf die Bombe?

Das Attentat von Mailand ein Werk der Faschisten.

Das sozialistische Organ „Die Ostfront“ läßt sich aus Mailand folgende interessante Einzelheiten über das Bombenattentat gegen den König emanieren:

„Durch die faschistische Presse über den Vorgang ...

Deutsch-polnische Annäherung.

„Dem Fortschritt mit Deutschland muß ein Ende gemacht werden.“

Warschau, 25. April. (Eig. Drahtsch.) Im Senatspalast ...

Die Stichtwahlen in Frankreich.

Paris, 25. April. (Eig. Drahtsch.) Die Kongressarbeiten ...

Kämpfe in China.

London, 25. April. (Eig. Drahtsch.) Aus verschiedenen Quellen ...

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Flingdemonstration der Rostkötter. Berlin, 26. April. (Eig. Funkm.) Die Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes ...

Wieder ein Theaterstapel bei Seiner. Berlin, 26. April. (Eig. Funkm.) Am Staatlichen Schauspielhaus zu Berlin ...

Ergebnisse Verhandlungen in der sächsischen Metallindustrie. Berlin, 26. April. (Eig. Funkm.) Die am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium ...

Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Kenzler, der jetzt der linken Gruppe angehört ...

Der Odenburgerische Landtag wird am 20. Mai ebenfalls neu gewählt. Die Rostkötter und die Deutschnationalen ...

G. H. Roberts, ein früherer Arbeiterabgeordneter, der während des Krieges der Koalitionsregierung Lloyd Georges angehört ...

Der russische General Kravtchik, der Führer der russischen Armee ...

Das Bombing wird gemeldet, daß namentlich die gesamte Bauwirtschaft ...

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch für die Lederhandschuhfabrikation, der am 31. März gefaßt wurde ...

Die Lederhandschuhfabrikanten werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Die Arbeiter der Lederhandschuhfabrikation werden jetzt noch mehr über die Konkurrenzfähigkeit ...

Sarzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Gehalten wöchentlich sechs Mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 45. Verleger: Volkshilfsleiter Tageblatt, Ront Weges, G. m. b. H., Rembrandtstr. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wittenburg, für den bürgerlichen Teil: Richard Matthews, für Melame u. Ankerstr. Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 16 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehende ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 45 (Fernruf Nr. 2313), Köthelstraße Magdeburg 4056 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 99.

Freitag, 27. April 1928.

3. Jahrgang.

Stresemann in München.

Ein warmer Empfang. — Niedergebrüllt und die Versammlung gesprengt.

München, 26. April. (Eig. Funke). Der Anbruch zur ersten Stresemann-Versammlung, im Münchener Bürgerbräu-Keller am Mittwochabend war außerordentlich stark. Bereits um 7 Uhr wurde der Saal durch ein starkes Schwingen aus dem Saal gesperrt, so daß Zuhörer keinen Einlass mehr fanden. Als Stresemann Punkt 8 Uhr durch eine Hintertür den Saal betrat, legte ein ungeheurer Sturm ein Gemüht aus. Beifallschreien, Schreien und Pfeifen, so daß man förmlich erstarbt, daß eine starke Minderheit der Versammlung aus Gegend Stresemanns bestand. Erst nach reichlich zehn Minuten konnte Stresemann seine Programmrede, wie er sie nannte, beginnen, nachdem einige sich besonders laut ausführende Mitglieder von der Polizei aus dem Saal entfernt worden waren. Seine ersten Worte gingen in der allgemeinen Unruhe völlig unter und als von verschiedenen Ecken des Saales

er erklärte: „Wir von der Deutschen Volkspartei arbeiten mit am republikanischen Deutschland“, begabte es von neuem Zuspähenruen, wie „Freimaurer, Jude usw.“ Gleich darauf folgte eine „Gummistiefelgeschrei“ auf der Galerie ein, als einige Kriminalbeamte sich gar zu wild aufführende Mitglieder aus dem Saal werfen wollten. Durch den anschließenden Krach wurde die Versammlung fast zehn Minuten unterbrochen. Als Stresemann seine Außenpolitik verteidigte und sich dabei mit Zitat aus den letzten Jahre-Reben befähigte, wurde der Sturm andauernd so stark, daß der Redner nur in seiner allerersten Umgebung verstanden werden konnte. Von nun an erlitten in regelmäßigen Abständen „Hell-Gebrüll auf Hitler, das mit Hochrufen auf Stresemann erwidert wurde, bis durch Schlußruf „Nieder mit Stresemann!“ und durch wiederholtes Winken des Hitler-Bildes, des Deutschland-Bildes und der Wacht am Rhein ein geordnetes Ende der Versammlung unmöglich wurde. Kurz nach 9:30 Uhr stellte der Vorsitzende unter ungeheuren Sturm fest, daß es zur Schande Münchens nicht möglich war, den Reichsaussenminister sprechen zu lassen, weshalb er die Versammlung schloß. Die polizeiliche Räumung des Saales dauerte bis 10:30 Uhr, die Unruhe legte sich weiter auf der Straße fort. Was sagt Herr von Reußel dazu?

Neue Laten Schieles.

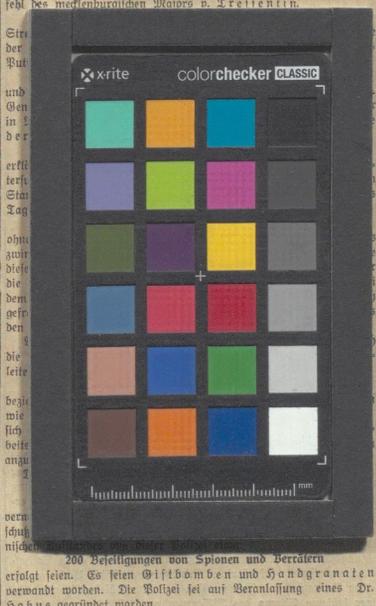
Er gefährdet die Volksernährung und jüchelt Arbeitslosigkeit.

Die deutschen Roggenpreise haben in den letzten Wochen stark zugenommen. Am 12. April 1928 notierte die Sonne Roggen in Berlin noch mit 289 Mark. Zugleich mußte sie mit ungefähr 200 Mark bezahlt werden. Die Ursache für diese ungewöhnliche Preissteigerung liegt auf der Hand: Die Roggenenernte im Jahre 1927 war von einer sehr schlechten Beschaffenheit. Ein großer Teil eignet sich nicht zur menschlichen Ernährung und wendet in die Futtermittel. Diese Knappheit an Roggen wird in Deutschland bestet aber auch in den östlichen Ländern und besonders in Polen, das gegenwärtig sehr hohe Preise für deutschen Roggen bietet. Die von Polen gezahlten Preise liegen weit über denjenigen, die die deutschen Mühlen zu zahlen in der Lage sind. Die Folge ist, daß je längerer Zeit große Teile des für die menschliche Ernährung benötigten deutschen Roggens nach dem Ausland gehen und daß in Deutschland eine regelrechte Roggennot entstehen wird. Eine ähnliche Lage hatten wir auch im vorigen Jahre. Damals erreichte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion angeführt von immer bedrohlicher werdenden Getreide, daß das Engpass der Einfuhrpreise inspendiert, vorübergehend aufgehoben wurde. Die Einfuhrpreise sind bekanntlich eine Einrichtung zu Gunsten der deutschen Großagrarien, um die Getreideausfuhr aus Deutschland nach dem Auslande zu fördern. Mit Hilfe dieser Einfuhrpreise wird den Agrariern eine beträchtliche Ausfuhrprämie, Exportprämie, gezahlt, die ungefähr dem auf der Roggenentwurf nach Deutschland fließenden Zoll gleichkommt. Sollen man diese Einfuhrpreise außer Kraft setzen, konnte sich die vorhandene Roggenknappheit nicht voll in unerträglichen Preissteigerungen für Mehl und Brot auswirken. Die vorjährige Einfuhrprämie erreichte am 31. August 1927 ihr Ende. Die höchste Ernte im Jahre 1927 und die offenbar ungenügende Verzögerung Deutschlands mit Weizengroße sprachen dafür, das Engpass der Einfuhrpreise aus weiterhin außer Kraft zu setzen. Davon wollten aber die deutschen Großagrarien nichts wissen und die Reichsregierung bemühte sich unter Führung des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele, ihren Wünschen nachzukommen. So traten die Einfuhrpreise am 1. August 1927 wieder in Kraft mit dem Erfolg, daß die interessierten Kreise, so heißt die Großagrarien, ausgiebigen Gebrauch davon machten, infolgedessen stieg der für die menschliche Ernährung brauchbare deutsche Roggen nach den östlichen Gebieten ab, während der den unbrauchbaren Teil der Ernte im Lande behielten. Die sich jetzt immer so patriotisch gebenden Großagrarien und ihr Vertrauensmann im Reichsernährungsministerium Schiele fragen wenig danach, ob die deutschen Mühlen und die deutsche Getreideverarbeitende Industrie mit Rohstoffen versehen sind oder nicht; auch ist es ihnen völlig gleichgültig, daß sie durch ihre Getreideausfuhr Deutschland dazu zwingen, ausländischen Roggen zu weit höheren Preisen einzuführen. Für sie kommt es darauf an, aus den Exportprämien möglichst hohe Gewinne herauszuschlagen. Wenn diese Entschädigung nicht zu einer Katastrophe geführt hat, was immer noch zu befürchten ist, so ist das nur dem Handel zu verdanken, der große Getreidemengen nach Deutschland einführt, womit allerdings eine große Schädigung der Wirtschaft verbunden war und wodurch besonders die deutsche Zahlungsbilanz ungünstig beeinflusst wurde. Auch ist es nicht gelungen, die direkten Schäden der großagrarischen Getreideexporte auf untere arbeitende Industrie zu verlagern. Man darf nicht vergessen, daß viele deutsche Mühlen sich ausschließlich auf die Verwendung deutschen Roggens eingestellt haben. Für sie kommt beispielsweise der sehr harte amerikanische Roggen schon aus technischen Gründen nicht in Frage. Das gilt besonders für die schlesischen Mühlen, die sich unter normalen Verhältnissen mit schlesischen Roggen bedienen. Gerade die schlesischen Großagrarien haben sich jedoch auch in diesem Jahre wieder an den überlegten Getreideexporten nach Polen und der Türkei beteiligt, ohne danach zu fragen, ob die Mühlen ihres Heimatbezirkes genügend mit Rohmaterialien versehen waren. So in ihrer Haltung manchen sich die schlesischen Mühlen mehrmals an das Reichsernährungsministerium mit dem Antrag, einer weiteren Ausfuhr deutschen Roggens durch vorübergehende Aufhebung des Einfuhrpreises entgegenzuwirken. Das Reichsernährungsministerium hat auch diesen Antrag unter Berufung auf durchaus nicht stichhaltige Gründe abgelehnt. Man will eben den Großgrundbesitzern das profitable Geschäft nicht verderben. Gerade in den letzten Tagen scheinen sich die deutschen Roggenausfuhrern abermals zu heigen. Darauf deutet die bereits oben erwähnte Roggenpreissteigerung hin. Der heutige Roggenpreis liegt um 30 bis 35 Mark höher als im Vorjahr.

Aus dem Zollhause der Fememörder.

Der Rosenfelder Mordprozess, der gegenwärtig in Stettin verhandelt wird, ist noch lange nicht zu Ende. Jede Sitzung bringt neue Sensationen, die zweifellos auch den guten Zweck haben, daß endlich einmal das Verhältnis der illegalen Organisationen zur Reichswehr geklärt wird. Am Dienstag begann die Sitzung mit einer Erklärung des Generalleutnants v. Pawells, in der er die Stellung der damaligen Regierung Bauer gegenüber den aufstehenden Freikorps revidierte. Die Reichswehr habe damals dem Willen der Regierung, die Freikorps aus der Welt zu schaffen, wenn auch unter schwierigen Verhandlungen, Folge geleistet. Rechtsanwalt Bloch stellt an v. Pawells einige Fragen bezüglich der Schwarzen Reichswehr im Jahre 1923. Die Beantwortung dieser Fragen lehnt der Zeuge als nicht zur Sache gehörig ab. Der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß die Urteilsbefehle des Schwarzen Reichswehr tatsächlich Angehörige der Reichswehr waren, daß das aber mit der in Frage stehenden Straftat in keinem Zusammenhang steht. Auf eine neuerliche Behauptung von Blochungen im Saute der Verhandlung, daß damals eine Mobilmachung gegen Polen geplant war, rüft der Generalleutnant v. Pawells demgegenüber: Sie unterliegen einem Irrtum. Sie haben damals eine Mobilmachung geplant, von der Sie mich sicher nicht unterrichtet haben. Zeuge v. Pawells stellt dann unter äußerster Spannung der Prozessbeisitzenden fest, daß im Jahre 1920 in Sabow, dem Quartier Rohobach, ein Geheimgesetz beschlagnahmt wurde, der mit großem militärischen Verständnis einen Operationsplan der Rohobacher entwarf, der bei eventuellen Unruhen in Stettin und Rummern verwirklicht werden sollte. Dieser Plan enthielt u. a. den Befehl: „Rohobach ist zu besetzen und sofortell still zu besetzen. Bei diesem Befehl handelt es sich nicht nur um eine Befestigung von Rohobach, sondern um die strikte Anweisung, polnisch Andersdenkende zu besetzen. Das bedeute, so rüft der General mit erregter Stimme in den Saal, die Aufforderung zu einem ganz troffenen politischen Mord. Gegen diese Untriebe der Rohobacher sei das Reichswehrkommando mit aller Entschiedenheit aufgetreten. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der ehemalige Oberleutnant und Freikorpsführer

mienen worden. Er bestritt jedoch, den Schuß der Großagrarien beabsichtigt zu haben. Vorstehender: Was hatte Ihre Anwesenheit denn für einen Zweck? Rohobach: Wir warteten darauf, später wieder als Truppe Verwendung zu finden. Herr v. Blochungen legte mir damals, daß er in englischer Färbung mit der Reichswehr



200 Befestigungen von Spionen und Beträgern erfolgt seien. Es seien Giftbomben und Handgranaten verwendet worden. Die Polizei sei auf Veranlassung eines Dr. Sobobus gegründet worden. Rohobach Standgerichte. Der Zeuge Rohobach, über die Art seiner Gerichtsbarkeit befragt, erklärt, daß seine Standgerichte nur Freisprüche oder Schuldprüche ausgesprochen haben. Rohobach gibt weiter zu, Operations- und Mobilmachungsbeefehle erteilt zu haben, jedoch habe es sich nicht um Aufschlüsse, sondern um Abwehrmaßnahmen gegen Arbeiteraufstände gehandelt.

ernennen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportkulturrehrer beschäftigt zu sein. Er erzählt in langen Ausführungen von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Kurland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Gefängnisstrafe von der Reichswehr erzwungen habe. Im Reden v. a. habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Auflösungsbeefehl hatte, unter Seltom-Vorbes den Kapp-Zug mitgemacht. In Offen, wo er später unter General Wacker eingeteilt wurde, seien eine Anzahl festgenommen. Zielpersonen auf Veranlassung seines Gerichtsoffiziers erschossen worden. Der Gerichtsoffizier und sein Stellvertreter seien später wegen dieser Tat vor Gericht freigesprochen worden. Möglicherweise könne es sich aber auch um eine Strafmittel gehandelt haben. Dann schildert Rohobach seine Ankunft in Rummern. Er sei zunächst an den dortigen des Landverbundes, den Zeugen v. Blochungen ver-